

# SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
<b>Rat der Stadt Schwelm</b>		
Sitzungsort <b>Gustav-Heinemann-Schule, Holthausstraße 15, 58332 Schwelm</b>		
Datum <b>12.12.2013</b>	Beginn <b>17:04 Uhr</b>	Ende <b>22:30 Uhr</b>

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

## Mitglieder

Kick, Hans-Werner  
Kirschner, Thorsten  
Lotz, Katharina Abwesend ab 19:20 h (TOP A18)  
Oehl, Heinz  
Orentat-Steding, Ingrid  
Schier, Klaus Peter  
Schwabe, Bernd Ulrich  
Tempel, Gabriele  
Werner, Gudrun  
Flüshöh, Oliver  
Grothoff-Blum, Christian  
Grüntker, Hermann  
Hens, Bernd  
Kampschulte, Matthias  
Nockemann, Frank  
Rüttershoff, Heinz-Joachim  
Rüttershoff, Karen  
Steuernagel, Rolf  
Zeilert, Hans-Jürgen  
Dilly, Mike Anwesend ab 17:42 h (TOP A15)  
Poschmann, Jan Abwesend ab 20:55 h (TOP A26)  
Schwunk, Michael  
Gießwein, Brigitta  
Gießwein, Marcel  
Rindermann, Horst  
Weidenfeld, Uwe  
Garn, Elke  
Kranz, Jürgen  
Feldmann, Jürgen Anwesend ab 17:05 h (TOP A1)  
Abwesend ab 20:30 h (TOP A25)  
Lubitz, Eleonore  
Bockelmann, Christian Dr.  
Siepmann, Ernst Walter

## Vorsitzender

Stobbe, Jochen

### **stellv. Vorsitzende**

Ferrara, Santo  
Hortolani, Frauke Dr.  
Sartor, Christiane

### **Sitzungsteilnehmer/innen von der TBS AÖR**

Flocke, Markus

### **Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung**

Eibert, Peter  
Guthier, Wilfried  
Klos, Karlheinz  
Lache, Wolfhard  
Lethmate, Egbert  
Mollenkott, Marion  
Müller, Ursula  
Rudolph, Heike  
Rüth, Christian  
Schäfer, Pia  
Sormund, Frank  
Striebeck, Thomas  
Weidner, Gabriele

### **Schriftführer/in**

Heringhaus, Petra

Abwesend:

### **Mitglieder**

Philipp, Gerd E.  
Heinemann, Manfred  
Stark, Wolfgang

## **A Öffentliche Tagesordnung**

- |     |   |            |
|-----|---|------------|
| 1   | Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch den Bürgermeister   |            |
| 2   | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit  |            |
| 3   | Genehmigung der Sitzungsniederschriften vom 14.03.13 und 26.09.13   |            |
| 4   | Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung  |            |
| 5   | Mitteilungen des Bürgermeisters   |            |
| 6   | Umbesetzung des Jugendhilfeausschusses  | 205/2013   |
| 7   | Ausschussbesetzung Evangelische Kirchengemeinde Schwelm   | 218/2013   |
| 8   | Ausgleich der Mehrarbeitszeiten bei der Feuerwehr der Stadt Schwelm   | 147/2013   |
| 8.1 | Ausgleich der Mehrarbeitszeiten bei der Feuerwehr der Stadt Schwelm   | 147/2013/1 |
| 9   | 1. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Städtische Musikschule Schwelm vom 16.11.2010   | 239/2013   |
| 10  | a) 7. Nachtrag zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat)<br>b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechts gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Rat) | 196/2013   |
| 11  | a) 2. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat)<br>b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechts gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Rat)                                   | 189/2013   |
| 12  | a) 7. Nachtrag zur Gebührensatzung für die Abfallwirtschaft in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat)<br>b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechts gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Rat)   | 229/2013   |
| 13  | Konsolidierungsmaßnahmen der TBS AöR 2014 - 2021  | 088/2013/1 |

14	Satzung der Stadt Schwelm über die Festsetzung des Höchstbetrages der Kredite zur Liquiditätssicherung für das Haushaltsjahr 2014	200/2013
15	Haushaltsantrag der FDP-Fraktion vom 13.11.2013	236/2013
16	Haushaltssatzung, Sanierungsplan mit Fortschreibung des Personalwirtschaftskonzeptes, sowie Haushaltsplan mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2014	204/2013/1
16.1	Haushaltssatzung, Sanierungsplan mit Fortschreibung des Personalwirtschaftskonzeptes, sowie Haushaltsplan mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2014 (Stand 5. Änderungsliste)	204/2013/2
17	Betriebsform der TBS - Vergleich Synergien und Schnittstellen	130/2013
18	Jahresabschluss 2010	
18.1	Entwurf des Jahresabschlusses 2010 der Stadt Schwelm	237/2013
19	Überplanmäßige Aufwendungen im Bereich Eingliederungshilfe nach § 35a (ambulant u. stationär) für 2012	221/2013
20	Bewilligung überplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen im Produkt 01.01.06 - Rechnungsprüfung	195/2013
21	Bewilligung überplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen im Produkt 06.01.03 Kindertagesstätten freier Träger	222/2013
22	Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen im Produkt 01.01.13 - Gebäudemanagement"	232/2013
23	Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen im Produkt 06.01.03 – Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke an übrige Bereiche -	242/2013
24	Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen im Produkt 06.03.08 - Unterhaltsvorschussleistungen -	243/2013
25	Errichtung eines Balkon , Kölner Straße 27	199/2013
26	Bebauungsplan Nr. 95 "Brauerei" 1. Abwägung und Beschlussfassung aus § 3 (2) BauGB 2. Abwägung und Beschlussfassung aus § 4(2) BauGB 3. Abwägung und Beschlussfassung aus § 3 (2) erneut	197/2013/5

	4. Abwägung und Beschlussfassung aus § 4 (2) erneut 5. Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB	
27	Bebauungsplan Nr. 66 "Bahnhof Loh" Abwägung und Beschlussfassung aus § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 i.V. § 4a Abs. 3 BauGB Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB	206/2013
27.1	Bebauungsplan Nr. 66 "Bahnhof Loh" Abwägung und Beschlussfassung aus § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 i.V. § 4a Abs. 3 BauGB Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB	206/2013/1
27.2	Bebauungsplan Nr. 66 "Bahnhof Loh" Gutachten im zugehörigen Baugenehmigungsverfahren	244/2013
27.3	Bebauungsplan Nr. 66 "Bahnhof Loh" Abwägung und Beschlussfassung aus § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 i.V. § 4a Abs. 3 BauGB Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB	206/2013/3
28	Benennung von Straßen im Baugebiet Winterberg	194/2013
29	Widmung von Straßen im Baugebiet Brunnen	188/2013
30	Kreisverkehre Oehde und Winterberg Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung von Querungshilfen	240/2013
31	ZOB Schwelm - Ausschreibungsergebnisse - Anfrage der CDU-Fraktion vom 07.11.2013 zum ZOB	241/2013
32	Grundstücksangelegenheiten Auslobungsverfahren Dreifeldsporthalle / Weiteres Vorgehen	245/2013
33	Qualitätsentwicklung gem. § 79a SGB VIII	139/2013/1
34	Ausnahmeregelung für auswärtige Kinder in Schwelmer Tageseinrichtungen	138/2013/1
35	Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung	

# **A Öffentliche Tagesordnung**

## **1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch den Bürgermeister**

Bürgermeister Stobbe begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Rates der Stadt Schwelm.

## **2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Bürgermeister Stobbe stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt Schwelm fest.

Bürgermeister Stobbe schlägt die Änderung der Tagesordnung wie folgt vor:

Der Tagesordnungspunkt 8 wird ergänzt durch die Vorlage 147/2013/1 (TOP 8.1).

Als Tagesordnungspunkt 14 kommt neu hinzu die Vorlage 236/2013.

Als Tagesordnungspunkt 15 kommt neu hinzu die Vorlage 200/2013.

Der Tagesordnungspunkt 16 wird ergänzt durch die Vorlage 204/2013/2 (TOP 16.1).

Als Tagesordnungspunkt 23 kommt neu hinzu die Vorlage 242/2013.

Als Tagesordnungspunkt 24 kommt neu hinzu die Vorlage 243/2013.

Als Tagesordnungspunkt 30 kommt neu hinzu die Vorlage 240/2013.

Als Tagesordnungspunkt 32 kommt neu hinzu die Tischvorlage 245/2013.

Bürgermeister Stobbe teilt mit, dass Herr Schwunk im Vorfeld der Sitzung beantragt hat die Tagesordnungspunkte 14 und 15 zu tauschen.

Herr Gießwein beantragt, aufgrund der Öffentlichkeitsproblematik des Tagesordnungspunktes 32 (Tischvorlage 245/2013) die Sitzung zu unterbrechen.

### **Beschluss:**

Die Sitzung wird unterbrochen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

Die Sitzung wird in der Zeit von 17:08 h bis 17:29 h unterbrochen.

Nach Wiederaufruf der Sitzung teilt Herr Stobbe mit, dass der Tagesordnungspunkt 32 im öffentlichen Teil behandelt wird.

### **Beschluss:**

Die Änderung der Tagesordnung wird wie vorgeschlagen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	34
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	1

### **3 Genehmigung der Sitzungsniederschriften vom 14.03.13 und 26.09.13**

#### **Beschluss:**

Die Niederschriften der Sitzungen des Rates der Stadt Schwelm vom 14.03. und 26.09.2013 werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	32
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	3

### **4 Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung**

Auf Nachfrage von Herrn Friedemann erläutert Herr Flühöh, dass zwischen der Schulschließung und der Hebesatzfestsetzung keine Verbindung besteht.

### **5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Stobbe teilt mit, dass seit dem 10.12.2013 das Bürgerbegehren gegen die Schließung der Hauptschule in Schwelm vorliegt. Ferner berichtet er, dass hinsichtlich des Bürgerbegehrens zur Grundschulschließung die Beratungsgespräche terminiert seien.

### **6 Umbesetzung des Jugendhilfeausschusses 205/2013**

Die Umbesetzung des Jugendhilfeausschusses wird zur Kenntnis genommen.

### **7 Ausschussbesetzung Evangelische Kirchengemeinde Schwelm 218/2013**

Die Ausschussbesetzung der Evangelischen Kirchengemeinde Schwelm wird zur Kenntnis genommen.

- 8 Ausgleich der Mehrarbeitszeiten bei der Feuerwehr der Stadt Schwelm 147/2013**

s. TOP A8.1

- 8.1 Ausgleich der Mehrarbeitszeiten bei der Feuerwehr der Stadt Schwelm 147/2013/1**

**Beschluss:**

Der Vergleichsvereinbarung über den Ausgleich von Mehrarbeitsstunden der Feuerwehrbediensteten in den Jahren 2002 bis 2006 wird zugestimmt. Entsprechend der Empfehlung des Anwaltsbüros werden die mit den Beschäftigten abzuschließenden Individualvereinbarungen um eine übereinstimmende Erledigungserklärung zu den anhängigen Verfahren ergänzt. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 208.000 € werden bewilligt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

- 9 1. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Städtische Musikschule Schwelm vom 16.11.2010 239/2013**

**Beschluss:**

Die Änderung der Gebührensatzung der Städtischen Musikschule Schwelm in Form der als Anlage 1 zur Vorlage 239/2013 beigefügten 1. Änderungssatzung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	32
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	

- 10 a) 7. Nachtrag zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat) 196/2013**  
**b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechts gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Rat)**

s. Sitzung des Rates der Stadt Schwelm am 28.11.13



- 11      **a) 2. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat)**      **189/2013**  
**b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechts gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Rat)**

s. Sitzung des Rates der Stadt Schwelm am 28.11.13

- 12      **a) 7. Nachtrag zur Gebührensatzung für die Abfallwirtschaft in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat)**      **229/2013**  
**b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechts gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Rat)**

s. Sitzung des Rates der Stadt Schwelm am 28.11.13

- 13      **Konsolidierungsmaßnahmen der TBS AöR 2014 - 2021**      **088/2013/1**

s. Sitzung des Rates der Stadt Schwelm am 28.11.13

- 14      **Satzung der Stadt Schwelm über die Festsetzung des Höchstbetrages der Kredite zur Liquiditätssicherung für das Haushaltsjahr 2014**      **200/2013**

**Beschluss:**

Die als Anlage 1 der Sitzungsvorlage 200/2013 beigefügte Satzung über die Festsetzung des Höchstbetrages der Kredite zur Liquiditätssicherung für das Haushaltsjahr 2014 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

- 15      **Haushaltsantrag der FDP-Fraktion vom 13.11.2013**      **236/2013**

**Beschluss:**

Der Haushaltsantrag der FDP wird zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	3
	dagegen:	31
	Enthaltungen:	2

**16 Haushaltssatzung, Sanierungsplan mit Fortschreibung des Personalwirtschaftskonzeptes, sowie Haushaltsplan mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2014** **204/2013/1**

s. TOP A16.1

**16.1 Haushaltssatzung, Sanierungsplan mit Fortschreibung des Personalwirtschaftskonzeptes, sowie Haushaltsplan mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2014 (Stand 5. Änderungsliste)** **204/2013/2**

Bürgermeister Stobbe schlägt eine Beratung der Tagesordnungspunkte 15 bis 16.1 en bloc vor.

Im Anschluss folgen die Haushaltsreden der einzelnen Fraktionen, bevor Herr Stobbe einzeln zur Abstimmung über die Vorlagen 200/2013 und 204/2013/2 aufruft.

Der Bürgermeister Stobbe bedankt sich bei allen Beteiligten für das erzielte Ergebnis, mit dem ein guter Kompromiss als gemeinsame Verantwortung für die Stadt gefunden werden konnte. Weiter betont Herr Stobbe das hohe Engagement in der Stadt und bittet, auf der geschaffenen Grundlage weiter aufzubauen. Schwelm sei attraktiv für Ansiedlungen und an den interkommunalen Gewerbeflächen bestehe zukünftig weiterhin hohes Interesse.

**Beschluss:**

1. Der Stellenplan 2014 wird beschlossen.
2. Der Haushaltssanierungsplan 2014 mit Fortschreibung des Personalwirtschaftskonzeptes wird beschlossen.  
Nach dem Haushaltssanierungsplan ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2016 wieder hergestellt. Die dafür im Haushaltssanierungsplan enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplanes umzusetzen.
3. Für das Haushaltsjahr 2014 wird folgende Haushaltssatzung erlassen:  
(siehe Anlage)
4. Die TBS werden beauftragt, die im Haushaltsplan der Stadt Schwelm veranschlagten technischen Maßnahmen und Dienstleistungen im Rahmen der ausgewiesenen Mittel nach den Regeln der Unternehmenssatzung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	29
	dagegen:	7
	Enthaltungen:	0

- 17 Betriebsform der TBS - Vergleich Synergien und Schnittstellen 130/2013**

Der Beschluss zur Vorlage 130/2013 wird zur Kenntnis genommen.

- 18 Jahresabschluss 2010**

s. TOP A18.1

- 18.1 Entwurf des Jahresabschlusses 2010 der Stadt Schwelm 237/2013**

Der Entwurf der Jahresrechnung 2010 wird zur Kenntnis genommen.

- 19 Überplanmäßige Aufwendungen im Bereich Eingliederungshilfe nach § 35a (ambulant u. stationär) für 2012 221/2013**

**Beschluss:**

Im Produkt 06.03.04. wird bei der Haushaltsstelle 06.03.04.533100 –Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen- eine überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung in Höhe von 15.402,- € für das Haushaltsjahr 2012 bewilligt.

Die Deckung ist durch Mehrerträge bei der Haushaltsstelle 16.01.01.401300 - Gewerbesteuer gewährleistet.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

- 20 Bewilligung überplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen im Produkt 01.01.06 - Rechnungsprüfung 195/2013**

**Beschluss:**

Für das Haushaltsjahr 2013 werden überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen bei der Haushaltsstelle 01.01.06.523200 - Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an Gemeinden (GV) – in Höhe von 43.500,00 € bewilligt.

Die Deckung ist durch Mehrerträge bei der Haushaltsstelle 16.01.01.456200 – Säumniszuschläge u.ä. – sichergestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	30
	dagegen:	4
	Enthaltungen:	0

**21 Bewilligung überplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen im Produkt 06.01.03 Kindertagesstätten freier Träger**

**222/2013**

**Beschluss:**

Im Produkt 06.01.03 wird bei der Haushaltsstelle 06.01.03.531800 – Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke an übrige Bereiche - eine überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung in Höhe von 674.086,-€,- € für das Haushaltsjahr 2013 bewilligt.

Die Deckung ist durch Mehrerträge in den Produkten 06.01.01.448100, 06.01.02.448100 und 06.01.03.448100 in Höhe von insgesamt 830.827,-€ gewährleistet.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

**22 Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen im Produkt 01.01.13 - Gebäudemanagement"**

**232/2013**

Herr Gießwein teilt mit, dass die Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zu den Zählerständen der städtischen Immobilien bislang nicht beantwortet wurde. Herr Striebeck zeigt Verständnis für die Nachfrage zu den Energieverbräuchen, bittet jedoch um Nachsicht, dass eine Differenzierung aufgrund anderer Projekte derzeit nicht möglich gewesen sei.

**Beschluss:**

Bei der Haushaltsstelle 01.01.13.524110 - "Energie und Wasser" werden überplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2013 in Höhe von 125.000,- EUR bewilligt. Die Deckung ist durch Mehrerträge / Einzahlungen bei der Haushaltsstelle 01.01.13.441100 - "Mieten und Pachten" in Höhe von 10.000,- EUR und durch Mehrerträge / Einzahlungen von 115.000,- EUR bei Haushaltsstelle 16.01.01.456200 - "Säumniszuschläge u. ä." sichergestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	23
	dagegen:	6
	Enthaltungen:	6

**23 Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / 242/2013  
Auszahlungen im Produkt 06.01.03 – Zuweisungen  
und Zuschüsse für lfd. Zwecke an übrige Bereiche -**

**Beschluss:**

Bei der Haushaltsstelle 06.01.03.531800 - "Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke an übrige Bereiche" - werden überplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2013 in Höhe von 51.220,-- EUR bewilligt. Als Deckung stehen Minderaufwendungen/Auszahlungen bei den Haushaltsstellen

- 05.03.01.533914 in Höhe von 15.000 €
- 05.03.01.533916 in Höhe von 10.000 €
- 05.03.01.533918 in Höhe von 26.220 € zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	32
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	3

**24 Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / 243/2013  
Auszahlungen im Produkt 06.03.08 -  
Unterhaltsvorschussleistungen -**

Herr Gießwein bittet, dass die Gründe für die überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen im Produkt 06.01.08 (Unterhaltsvorschussleistungen) in der nächsten Fachausschussberatung dargestellt werden.

**Beschluss:**

Bei der Haushaltsstelle 06.03.08.533900 - "Sonstige soziale Leistungen" - werden überplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2013 in Höhe von 20.500,-- EUR bewilligt. Die Deckung ist in voller Höhe durch Mehrerträge / Einzahlungen bei der Haushaltsstelle 16.01.01.456200 - "Säumniszuschläge u. ä." sichergestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	33
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	2

**25 Errichtung eines Balkon , Kölner Straße 27 199/2013**

s. Sitzung des Rates der Stadt Schwelm am 28.11.13

**1. Abwägung und Beschlussfassung aus § 3 (2)****BauGB****2. Abwägung und Beschlussfassung aus § 4(2)****BauGB****3. Abwägung und Beschlussfassung aus § 3 (2)****erneut****4. Abwägung und Beschlussfassung aus § 4 (2)****erneut****5. Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB**

Herr Schwunk bringt zum Ausdruck wie erschrocken er darüber ist, welche Fehler von der Verwaltung gemacht worden sind. Vor dem Hintergrund, dass der Planentwurf im Erdgeschoss nur noch Einzelhandelsnutzung zulässt, erwartet er von der Verwaltung die nach § 1 Abs. 7 BauGB vorgeschriebene Abwägung unter Berücksichtigung des Einzelhandelsgutachtens vorzunehmen. Herr Schwunk teilt mit, dass die FDP-Fraktion den Beschluss zur Sitzungsvorlage 197/2013/5 nicht fassen wird. Seitens der FDP möchte man die Verwaltung damit beauftragen, das gleiche Bauleitplanverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Brauerei“ erneut durchzuführen.

Herr Flüshöh führt aus, dass die Planungssicherheit für den Investor das gemeinsame Ziel aller Beteiligten war. Er bemängelt, dass den Entscheidungsträgern wichtige Bestandteile zum Bebauungsplanverfahren erst als Tischvorlage präsentiert werden und zitiert im weiteren einige Passagen des Anwaltsschreiben der Rechtsanwälte Partnerschaft mbB - Wolter / Hoppenberg. Herr Flüshöh gibt die beanstandete bzw. ungewöhnliche Eile im Planverfahren wieder und stellt klar, dass es um die Frage geht, ob der gerügte Abwägungsmangel formal hinreichend begründet ist und damit die vorzunehmende Abwägung seitens des Plangebers im Ergebnis richtig getroffen wurde. Möglicherweise habe die unterschiedliche Definition von Einzelhandel zu den Missverständnissen geführt. Herr Flüshöh führt aus, die Situation nicht mehr einschätzen zu können. Er sperre sich nie eines Gespräches und bittet um die Meinung der anderen Fraktionen.

Herr Guthier erläutert ausführlich das laufende Verfahren, indem kein Risiko besteht mit einem Bauantrag überrascht zu werden und geht auf die möglichen Konsequenzen zum Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB ein. Er führt aus, dass das anwaltliche Schreiben nicht falsch verstanden werden darf, da inhaltlich die Verwaltung diesem nicht widerspreche. Weiter erläutert Herr Guthier die Rechtslage und teilt mit, dass man sich als Plangeber keine eigenen Baugebiete erfinden kann.

Herr Flüshöh führt aus, dass die Verwaltung dem Rat gegenüber verantwortlich sei Lösungen zu finden und geht auf die formalen und inhaltlichen Anforderungen an einen gültigen Bebauungsplan ein.

Herr Weidenfeld erläutert, dass das städtebauliche Konzept eine Willenserklärung sei eine Bebauung stattfinden zu lassen. Er teilt mit, dass Verhalten der Verwaltung sowie den Standpunkt des Inverstors im Bereich der Planung nicht nachvollziehen zu können.

Vor dem Hintergrund, dass die Mandantin (Pass Invest GbR) Gesprächsbereitschaft im anwaltlichen Schreiben signalisiert hat, befürwortet Herr Kick den Bebauungsplan Nr. 95 „Brauerei“ zu vertagen.

Herr Schwunk interpretiert, dass der Investor mit dem Schreiben des Anwalts, indem Verfahrens- und Abwägungsmängel gerügt werden, eventuell Zeit für weitere Gespräche gewinnen möchte. Die FDP-Fraktion werde sich diesen nicht verschließen. Er spricht sich gegen eine Vertagung der Sitzungsvorlage 197/2013/5 aus und teilt mit, dass ein ordnungsgemäßes Planverfahren fortgeführt werden muss.

Herr Guthier empfiehlt, das Verfahren nicht weiter öffentlich zu thematisieren, die Sitzungsvorlage zu vertagen und Gespräche mit dem Investor zu führen.

Herr Bürgermeister Stobbe teilt mit, dass ein gemeinsames Gespräch zwischen Verwaltung, Politik und dem Investor zur Lösung der Frage „Brauerei“ beitragen wird und spricht sich für Vertagung der Thematik auf die Sitzung des Rates am 30.01.2014 aus.

Herr Gießwein erwartet von der Verwaltung die erforderliche Abwägung vorzunehmen und die getroffenen Detailregelungen als Willen des Rates im Sinne des § 1 Abs. 4 bis 10 BauNVO zu begründen. Weiter führt er aus, dass das anwaltliche Schreiben und nicht der Rat dazu führt, dass der Bebauungsplan nicht beschlossen werden kann und sollte.

Herr Bürgermeister Stobbe befürwortet die Thematik zu vertagen, um die Zeit zu nutzen und die erforderliche Interessenabwägung vorzunehmen.

Herr Feldmann spricht sich für eine Vertagung der Sitzungsvorlage 197/2013/5. Auch Herr Bockelmann hält eine Vertagung für vernünftig und führt aus, dass seiner Ansicht nach durch das anwaltliche Schreiben keine Dringlichkeit gegeben ist.

Herr Flühöh beantragt die Sitzung zu unterbrechen.

**Beschluss:**

Die Sitzung wird unterbrochen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

Die Sitzung wird in der Zeit von 20:20 h bis 20:52 h unterbrochen.

Nach Wiederaufruf der Sitzung teilt Herr Flühöh mit, dass eine Einigung erzielt werden konnte und die Verwaltung beauftragt wird die hinreichende Begründung für die nächste Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Stadtentwicklung (AUS) zu formulieren. Zudem wird die Verwaltung beauftragt das im anwaltlichen Schreiben angebotene Gespräch mit der Mandantin Pass Invest GbR, als Eigentümerin der im Plangebiet Brauerei gelegenen Grundstücksflächen, vor der Sitzung des AUS am 14.01.2014 zu terminieren, um ein zügiges Verfahren zu gewährleisten und das Bebauungsplanverfahren zeitnah zum Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB führen zu können.

**Beschluss:**

Der in der Sitzungsvorlage 197/2013/5 dargestellte Bebauungsplan Nr. 95 „Brauerei“ wird nicht beschlossen, sondern in den zuständigen Fachausschuss (Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung) verwiesen und die Verwaltung wird beauftragt das





Bürgermeister Stobbe kann die Aufregung nicht nachvollziehen und führt aus, dass das Bauvorhaben (Ansiedlung, Kreisverkehr etc.) schwer vom Bebauungsplan „Bahnhof Loh“ zu trennen sei. Der Bauantrag müsse noch beschieden werden und die Ergebnisse der Schriftsätze der Anrainer seien in den Abwägungsprozess mit aufgenommen worden, um Lösungsansätze zu finden.

Herr Gießwein bemängelt, dass Fachausschussberatungen im Rat geführt werden und beantragt die Vertagung des Tagesordnungspunktes Bebauungsplan „Bahnhof Loh“ in die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Stadtentwicklung am 14.01.2014.

Herr Schwunk kann die Argumente der Herren Flühöh und Gießwein nachvollziehen und bewertet das Planungsverfahren als inakzeptabel. Da das Projekt ihm und seiner Partei wichtig ist, werde man nicht für eine Vertagung der Sache votieren.

Der in den Sitzungsvorlagen 206/2013/1, 244/2013 und 206/2013/3 dargestellte Bebauungsplan Nr. 66 „Bahnhof Loh“ wird in den zuständigen Fachausschuss (Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung) am 14.01.2014 verwiesen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	15
	dagegen:	16
	Enthaltungen:	2

(Der Vertagungsantrag des Herrn Gießwein ist damit abgelehnt worden.)

Herr Gießwein beantragt die Debatte zu beenden (Schluss der Rednerliste)

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	26
	dagegen:	4
	Enthaltungen:	3

### **Beschluss:**

1. Die während der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 i. V. mit § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB vorgetragene Anregungen werden wie in dieser Vorlage dargestellt, abgewogen
2. Die während der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 i.V. mit § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB vorgetragene Anregungen werden, wie in dieser Sitzungsvorlage dargestellt, abgewogen.
3. Gem. § 10 Abs. 1 BauGB des Baugesetzbuches (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666) in der zur Zeit gültigen Fassung wird der Bebauungsplan Nr. 66 „Bahnhof Loh“ der Stadt Schwelm einschließlich der dazugehörigen Begründung beschlossen.

Das Plangebiet beinhaltet zum Zeitpunkt des Aufstellungsbeschlusses die Flurstücke der Gemarkung Schwelm (Stand 2004):



**28 Benennung von Straßen im Baugebiet Winterberg 194/2013**

Frau Lubiz kritisiert die Auswahl der Straßennamen, da die Benennung der Kinderbuchautoren und -autorinnen nicht geschlechtergerecht vorgenommen wurde. Die Fraktion DIE LINKE werde aus diesem Grund gegen den Beschlussvorschlag stimmen.

Herr Kranz teilt mit, generell gegen das „Wohngebiet Winterberg“ zu sein und Frau Sartors Einschätzung nach überwiegt die Anzahl männlicher Märchenerzähler.

**Beschluss:**

Die im Bebauungsplangebiet „Wohngebiet Winterberg“ dargestellten Planstraßen erhalten die in der Sitzungsvorlage Nr. 194/2013 aufgeführten Straßennamen Astrid-Lindgren-Weg, Michael-Ende-Weg, Wilhelm-Busch-Weg, Otfried-Preußler-Weg u. Erich-Kästner-Weg. In dem der o. g. Vorlage als Anlage beigefügten Bebauungsplanausschnitt sind die Straßen mit ihren künftigen Namen dargestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	28
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	4

**29 Widmung von Straßen im Baugebiet Brunnen 188/2013**

**Beschluss:**

Die nachstehend aufgeführten Straßen erhalten durch Widmung gemäß § 6 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der zurzeit geltenden Fassung die Eigenschaft von öffentlichen Straßen als Gemeindestraßen (gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 3 StrWG NRW) in der Straßenbaulast der Stadt Schwelm, bei denen die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen (gemäß § 3 Abs. 4 Nr. 2 StrWG NRW):

**Am Brunnenhof - Anliegerstraße (Tempo-30-Zone)**

im Abschnitt etwa von Einmündung „An der Obstwiese“ (westliches Teilstück) bis zum Grundstück der AVU (Blockheizkraftwerk) und von dort in südliche Richtung bis „Platz der Nachbarschaften“

**An der Obstwiese - Verkehrsberuhigter Bereich**

Die genaue Abgrenzung der vorstehend beschriebenen Verkehrsflächen ergibt sich aus dem dieser Verwaltungsvorlage beigefügten Lageplan.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

**30 Kreisverkehre Oehde und Winterberg  
Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung von  
Querungshilfen**

**240/2013**

Für Herrn Flühöh ist es nicht nachvollziehbar, warum dieser Tagesordnungspunkt (240/2013) in der Sitzung des Rates thematisiert wird. Vom Antragssteller, der SPD-Fraktion sei es gewünscht worden die Kreisverkehre im Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung (AUS) zu beraten. Er beantragt, die Angelegenheit in den AUS zu verweisen.

**Beschluss:**

Der Tagesordnungspunkt 240/2013 wird in die Sitzung des AUS am 14.01.2014 vertragen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

**31 ZOB Schwelm - Ausschreibungsergebnisse -  
Anfrage der CDU-Fraktion vom 07.11.2013 zum ZOB**

**241/2013**

Herr Flühöh ist der Meinung, dass die Anfrage der CDU-Fraktion vom 07.11.13 zu der Thematik „ZOB“ nicht ausreichend von der Verwaltung beantwortet wurde und bezeichnet die diesbezügliche Berichtsvorlage 241/2013 als grenzwertig. Weiter kritisiert er die Art und Weise der Aufstellung der Ausschreibungsergebnisse / des Zahlenmaterials. Herr Flühöh stellt den Betrag in Höhe von ca. 6.500 € brutto für Grunderwerbskosten in Frage, fragt nach dem aktuellen Verfahrensstand in Sachen Taxizentrale und teilt mit, dass vor dem Hintergrund eines Beleuchtungskonzeptes noch keine Ausschreibung erfolgt sei. Abschließend bittet Herr Flühöh um eine nachvollziehbare Übersicht aller Kosten zum Thema „ZOB“.

Herr Stobbe sagt zu, auf die aktuellen Entwicklungen im nicht-öffentlich Teil eingehen zu wollen und teilt mit, dass eine Tabelle zur Verdeutlichung der Vorlage 241/2013 fertiggestellt werden wird.

Die Ausschreibungsergebnisse für die Tief- und Hochbauarbeiten „ZOB“ werden zur Kenntnis gegeben.

Kennntnisnahme festgestellt.

**32 Grundstücksangelegenheiten  
Auslobungsverfahren Dreifeldsporthalle / Weiteres  
Vorgehen**

**245/2013**

Herr Schwunk teilt mit, dass die Errichtung einer Dreifeldsporthalle ein wichtiges Projekt für die Stadt ist. Demzufolge kann er die verspätete Einbindung der Politik, die den Vorschlag zum weiteren Vorgehen erst vor einem Tag erhalten hat, nicht nachvollziehen und wünscht sich von Herrn Stobbe ein professionelleres Herangehen. Die FDP-Fraktion könne dem Beschlussvorschlag der Tischvorlage 245/2013 folgen, wenn diverse Ergänzungen vorgenommen werden. Der FDP sei es

wichtig klarzustellen, dass die Kosten umfassend zu sehen sind und diese u.a. etwaige Zinsbelastungen und Mieten einschließlich Betriebskosten sowie jährliche Kostensteigerungen sind.

Herr Kick bewertet die Errichtung einer Dreifeldsporthalle als wichtiges Projekt, die der Schwelmer Bevölkerung zusätzlichen Nutzen bringen wird. Auf die Kritik von Herrn Flühöh, dass so mit der Politik nicht umgegangen werden kann, führt Herr Kick aus, dass trotz größtmöglicher Information und Transparenz niemand alle Risiken im Detail vorhersehen kann und bittet in der Angelegenheit eine Entscheidung zu fällen.

Herr Gießwein erläutert, dass er Änderungswünsche zum Beschlussvorschlag in einer E-Mail vom 12.12.2013 an Herrn Stobbe formuliert hat und bittet diese in den Vorschlag aufzunehmen.

Nach einer angeregten Diskussion der Anwesenden über die bestmögliche Formulierung des Beschlussvorschlages teilt Herr Gießwein gemeinsam mit Herr Schwunk mit, dass die nachfolgenden Passagen mit in den **Beschlussvorschlag aufgenommen** werden sollen:

Regulärer Schulsport darf nicht Gegenstand der Betrachtung sein.  
Die Stadt wird das Vorhaben einer Dreifeldsporthalle nur dann realisieren, wenn sichergestellt ist, dass der Stadt aus der Nutzung der Hallenkapazitäten in dieser Halle keine höheren laufenden Kosten entstehen, als sie bei Fortführung der heutigen Sporthallen-Situation haben würde.  
Kosten sind hierbei u.a. Mieten einschließlich der Betriebskosten und jährliche Kostensteigerungen, etwaige Zinsbelastungen, wegfallende Abschreibungen, Instandhaltungskosten sowie Erschließungskosten.

Herr Gießwein betont die Haushaltsverantwortung der Politik und Verwaltung und vertritt die Auffassung, dass eine „Kostenbremse“ Inhalt des Beschlussvorschlages sein muss.

Herr Stobbe sieht es als Selbstverständlichkeit an, dass für die Errichtung der Halle keine höheren Kosten entstehen und teilt mit, zur Wirtschaftlichkeitsbetrachtung von PKF Erläuterungen im nicht-öffentlichen Teil geben zu wollen.

Frau Lubitz teilt mit, dass ihre Partei dem Beschluss nicht zustimmen wird.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Schwelm ermächtigt und beauftragt die Verwaltung, im Rahmen des bis Mitte Januar 2014 laufenden Auslobungsverfahrens für das Grundstück Milsper Straße (Vorl. 182/2013/1) die eingehenden Angebote dahingehend zu prüfen, ob eine für die Stadt wirtschaftliche Errichtung einer Dreifeldsporthalle zu realisieren ist. Sind die Voraussetzungen erfüllt, ist das Konzept nach eingehender Information der Politik umzusetzen.

Regulärer Schulsport darf nicht Gegenstand der Betrachtung sein.

Die Stadt wird das Vorhaben einer Dreifeldsporthalle nur dann realisieren, wenn sichergestellt ist, dass der Stadt aus der Nutzung der Hallenkapazitäten in dieser Halle keine höheren laufenden Kosten entstehen, als sie bei Fortführung der heutigen Sporthallen-Situation haben würde.

Kosten sind hierbei u.a. Mieten einschließlich der Betriebskosten und jährliche Kostensteigerungen, etwaige Zinsbelastungen, wegfallende Abschreibungen, Instandhaltungskosten sowie Erschließungskosten.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	29
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	3

### 33 Qualitätsentwicklung gem. § 79a SGB VIII

139/2013/1

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, wie im Ausschuss vorgetragen in die Qualitätsentwicklung gem. § 79a SGB VIII einzusteigen, kontinuierlich zu berichten und weitere Verfahrensschritte mit dem Ausschuss abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

### 34 Ausnahmeregelung für auswärtige Kinder in Schwelmer Tageseinrichtungen

138/2013/1

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, die im Jahr 2002 festgelegten Ausnahmeregelungen für die Aufnahme von auswärtigen Kindern in Schwelmer Tageseinrichtungen aufzuheben.

Über eine Aufnahme auswärtiger Kinder in eine Schwelmer Kindertageseinrichtung kann zukünftig nur auf Antrag beim Jugendamt der Stadt Schwelm entschieden werden. Diese Entscheidung soll unter sozialen und pädagogischen Gesichtspunkten getroffen werden, jedoch haben Schwelmer Kinder Vorrang.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

### 35 Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung

Herr Nockemann beanstandet, dass diversere Sitzungsprotokolle im Ratsinformationssystem nicht zur Verfügung stehen. Die Verwaltung wird gebeten diese einzupflegen.

Herr Nockemann teilt mit, dass vor dem Hintergrund des Versands von nicht-öffentlichen Sitzungsunterlagen die Verwaltung überdenken sollte, diese Dokumente auf unsicherem Weg per E-Mail zu versenden.

Herr Gießwein betont, dass alle Sitzungsunterlagen im Ratsinformationssystem zu Verfügung stehen sollten. Er teilt zum wiederholten Male mit keine Papierdokumente erhalten zu wollen.

Frau Gießwein bittet um den Entwurf des Sitzungskalender 2014.

Herr Grüntker bemängelt, dass in seitens der Verwaltung versendeten E-Mails alle Anschriften in der Empfängerliste aufgeführt werden und schlägt vor E-Mailnachrichten zukünftig „BCC“ zu verschicken.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 23 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 27.01.14	Schriftführer/in gez. Heringhaus	Der Bürgermeister gez. Jochen Stobbe
-----------------------	--	--